

Herzlich willkommen zum Sommer Special-Newsletter. Heute mit der Verlosung eines kleinen Strafrechtsscheins, den man mit redlichen Mitteln ohnehin nicht bekommt und für sein Leben auch nicht braucht.

## I. Law & Politics

### < Überwachen und Strafen in Heiligendamm >

Eine symbolische Demonstration der Veränderung staatlicher Kontrollmechanismen ereignet sich rund um den G8-Gipfel in Heiligendamm.

Nach einem vorwiegend im wissenschaftlichen Umfeld geführten Diskurs über eine neue Sicherheitspolitik westlicher Staaten kann nun auch das gemeine Volk zumindest einen Teilbereich dieser Politik unmittelbar in Augenschein nehmen. Es handelt sich dabei um eine fortwährende Vorverlagerung staatlicher Kontrolle und eine radikale Ausgrenzung einzelner als gefährlich beurteilter Personen bzw. Personengruppierungen.

Sichtbar wurde dies bereits an den Durchsuchungen, die weit im Vorfeld des Gipfels stattfanden. Während als Anlass Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung oder die Begehung anderer Straftatendienten, lassen das Ausmaß und die Objekte der Durchsuchungen auch auf einen präventiven Hintergrund schließen. Zu vermuten ist, dass zumindest sekundär aktive G8-Gegner kontrolliert, abgeschreckt und organisatorisch geschwächt werden sollten.

Klarer wird der Umfang der Kontrolle noch, wenn man die konkreten Maßnahmen vor Ort betrachtet. Nach der Absperrung des beschaulichen Örtchens Heiligendamm steht da zunächst die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Greifswald, die eine mehrere Kilometer weite Bannmeile um den G8-Gegner-Schutzwall bestätigte. Begründet wurde dies mit einer Gefahr für die Pflege der Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Staaten, wobei die Größe und Lage der Bannmeile auf das von den Behörden entwickelte Sicherheitskonzept gestützt wurde. Ziel einer solchen Vorgehensweise ist nicht die Verhinderung gewalttätiger Ausschreitungen (diese Begründung findet sich erst in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts), sondern Ziel ist es, unliebsame Meinungsbekundungen aus dem Blickfeld der G8-Gipfel-Teilnehmer von Anfang an rauszuhalten, effektive Meinungsäußerung mithin zu erschweren.

Eine entsprechende Stoßrichtung weist der von der Polizei auch andernorts praktizierte frühzeitige Ausschluss einzelner Demonstranten auf. Dabei kommen ihr Namenslisten und Videomaterial zugute (keinesfalls aber Geruchsproben, die wegen ihrer großen Verlässlichkeit und ihres hohen Beweiswertes nur im Strafverfahren eingesetzt werden), die anlässlich anderer Demonstrationen angefertigt wurden und den Zugang somit polizei-bekannter (nicht etwa - obwohl auch dies rechtstaatlich bedenklich wäre - rechtskräftig verurteilter) Personen verhindern sollen. Zur Fortführung dieser erfolgreichen Präventionsmaßnahmen wurden dann auch Videokameras installiert, die neben der Aufzeichnung von Demonstranten auch gleich Autokennzeichenabgleiche vornehmen können. Berichtet wurde zudem, dass allein am 5. Juni 2007 der „anwaltsliche Notdienst“ der Gipfelgegner 100 Platzverweise durch die Polizei von bis zu einer Woche registrierte. Diese werden regelmäßig nach Durchsuchungen ausgesprochen, wenn beispielsweise Sonnenbrillen, Schals oder Tücher aufgefunden werden. Bei Verstoß gegen den Platzverweis droht Ingewahrsamnahme und Registrierung in der überregionalen Polizeidatei „gewaltbereite Störer“.

Dies sind nur wenige Beispiele, die veranschaulichen, wie Kontrolle bereits weit im Vorfeld ausgeübt wird. Angesichts des Eindrucks einer temporären Militär- und Polizeidiktatur, der durch den Einsatz von Kriegsschiffen, Helikoptern und Kampfmonturen erzeugt wird, mögen die erwähnten Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen zweitrangig erscheinen. Dies sind sie aber nicht. Die Mittel sind nur subtiler, weniger sichtbar und dadurch gefährlicher für den Rechtsstaat. Im Unterschied zu offen ausgeführten und repressiven Maßnahmen geht ihre Wirkung zudem wesentlich weiter. Nicht das Abhalten Einzelner von Gewalttaten ist das Ziel, sondern staatliche Kontrolle der gesamten Situation, also aller tatsächlichen und potentiellen Demonstrationsteilnehmer und Globalisierungsgegner sowie letztlich der Bevölkerung insgesamt.

Wird nun eingewendet, dass die Maßnahmen keinerlei Wirkung gehabt hätten und es zu Ausschreitungen gekommen sei, so muss man feststellen, dass auch und gerade die Gewalt bei Demonstrationen Kontrolle durch den Staat ermöglicht, das Konzept somit vervollständigt. Berichte über zivile Polizeibeamte, die zu Gewalttätigkeiten aufrufen oder sie sogar initiieren, existieren seit langer Zeit und beschränken sich keinesfalls auf eine entsprechende Tätigkeit von Beamten der Staatssicherheit in den letzten Wochen der DDR. Die von vielen vorhergesagte Sicherheitsgesellschaft steht nun vor der Tür. Die letzte kleine Hoffnung für eine Verzögerung ihres Eintretens ist Innenminister Schäuble. Nur seine Art vermag es noch, die größtenteils schlafende Bevölkerung aufzuwecken. Indem er nahezu täglich weitere Forderungen nach neuen Überwachungsmöglichkeiten stellt, geht die Subtilität, die schleichende Heimlichkeit, verloren. Selbst der kontrollfreundlichste Bürger bekommt hierbei ein ungutes Gefühl.

PS: Um der Überschrift dieses Beitrag wenigstens im wörtliche Sinne gerecht zu werden. Insgesamt acht Demonstranten wurde schon im beschleunigten Verfahren verurteilt (bestraft). Bei einem (er kommt aus Baden-Württemberg, weshalb wir uns nur auf ihn beziehen), der mehrere Steine auf Polizisten geworfen haben soll, folgte das Gericht den Bekundungen zweier Polizeibeamter, ein Entlastungszeuge für den Angeklagten fand kein Gehör. Das Urteil für den nicht vorbestraften Mann lautete auf 10 Monate Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Glück für ihn, dass nicht Berlin zuständig war. Das „Moabiter Landrecht“ folgt nämlich der eingängigen Formel „ein Stein, ein Jahr“.

< Heiligendamm - eine kritische (Zwischen-)Bilanz >

Bei einer vorläufigen Analyse des G8-Gipfels verbietet sich jede Schwarz-Weiß-Malerei. Während früher Kriege tobten, sprechen ehemals unversöhnliche Staatschefs nunmehr miteinander. Eine wichtigere Botschaft kann es kaum geben. Wenn Armut und Krankheiten in Afrika angeprangert werden und zugleich Kritik laut wird, die breite Mehrheit der Weltbevölkerung habe in Heiligendamm keine Stimme gehabt, so ist diese Ansicht zu respektieren, selbst wenn man anderer Meinung sein sollte. Denn immerhin kümmern sich die Regierungschefs der mächtigsten Staaten ja gerade auch um solche Themen und werden somit zu Anwälten der Ohnmächtigen. Und ist nicht die Korruption in Afrika ein Problem, das unmittelbar vor Ort angegangen werden sollte? Schlägt die Kritik der Globalisierungsgegner in Gewalt um, so ist dem entschieden entgegenzutreten. Der Staat kann und muss sich hier wehrhaft zeigen. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit dürfen nicht zum Feigenblatt für schwarze Blocks missbraucht werden. Zwischen Freiheit und Sicherheit gilt es sensibel abzuwägen. Dies gilt im Übrigen auch für die Klimapolitik, in der wir an unsere Kinder und Kindeskinde denken müssen, zugleich aber auch die Gegenwart nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Der in Heiligendamm erzielte Kompromiss

zeigt Augenmaß und erkennt die Realitäten an. Es bleibt abzuwarten, wohin die Reise gehen wird. Wir werden wachsam bleiben.

## II. Events

< Hassemer und Friedrichsen im Spiegel-Gespräch >

Verändern die Medien die Strafjustiz? fragten sich der Vizepräsident des BVerfG und Strafrechtslehrer Winfried Hassemer sowie Spiegel-Redakteurin Gisela Friedrichsen am Dienstag in der Freiburger Aula. Und waren sich - freilich von verschiedenen Ausgangspunkten startend - in den wesentlichen Punkten schnell einig: Denn anders als die auch immer wieder in den Newslettern kritisierte übertriebene Opferorientierung (vgl. etwa die Diskussion zur Begnadigung von Christian Klar), erwies sich insbesondere Friedrichsen als vehemente Kritikerin einer derartigen Sichtweise, die zwangsläufig die Rolle des Angeklagten schwächen müsse. Der Angeklagte sei in die Rolle eines Feindes hineingewachsen, von dem sich die Gesellschaft durch ein Wegschließen (möglichst „für immer“) abgrenzen wolle. Die Medien forcierten eine derartige Politik auf der Suche nach einer lukrativen Story, führten Verdächtige wie Täter und Tiere vor und bewirkten durch Vorverurteilungen Schäden, die den Gedanken der Resozialisierung ad absurdum führten und selbst bei einem Freispruch nicht mehr zu beseitigen seien. Die Mainzer und Wormser Fälle, in denen es um angebliche Kinderschändungen gegangen sei, zeigten in skandalöser Weise, wie die Strafjustiz auf medial geschürte Erwartungen der Bevölkerung getroffen sei und diesen nicht habe standhalten können.

Hassemer befürwortete zwar im Grundsatz die erfolgte Verstärkung der Opferrechte, wies aber auf einen Paradigmenwechsel in der Gesellschaft hin zur Risikogesellschaft hin, womit ein Kontrollbedürfnis sprunghaft gestiegen sei. Gerieten das Präventionsparadigma sowie eine gefühlte Sicherheit bzw. Bedrohung in den Mittelpunkt des Interesses, so bestehe die Gefahr einer repressiven Politik. Denn die Angemessenheit habe in einem solchen Denken keinen originären Platz und müsse daher von außen eingepflanzt werden. Die (nachträgliche) Sicherungsverwahrung stehe paradigmatisch für ein solches Präventionsdenken.

Die berechtigte Frage Hassemers nach einem Ausweg aus diesen Fehlentwicklungen leitete eine solche des Abends ein. Denn Friedrichsen riss kraftvoll das Zepter an sich, verknotete sich und die Zuhörerinnen in zahllosen Endlosschleifen und entwertete so ein wenig den wichtigen Ausgangspunkt der Diskussionsveranstaltung: in der Mikro- wie in der Makroperspektive die Risiken eines medial geschürten Sicherheitsdenkens aufgezeigt zu haben.

## III. LSH-News

< Rektor ruft zur Unterstützung auf - Das Institut springt ihm bei >

Kürzlich wies unser Rektor darauf hin, dass für das Rahmenprogramm der Jubiläums-Feierlichkeiten eine Reihe von Firmen als Getränkepartner gewonnen werden konnten, die durch ihre Sponsoring-Beiträge die Finanzierung des Jubiläums bedeutend unterstützten. Aus diesem Grunde wäre er uns sehr verbunden, wenn wir für die Jubiläumsprojekte unserer Fakultät Getränke der folgenden Anbieter bezögen: Staatsbrauerei Rothaus, daneben auch Ganter, Wein von der Winzergenossenschaft Wolfenweiler, Sekt von der Sektkellerei Geldermann, nicht alkoholische Getränke von Coca-Cola. Diese Entscheidung

würde uns sicherlich umso leichter fallen, als uns für den Getränkebezug im Rahmen des wissenschaftlichen Kernprogramms Sonderkonditionen in Aussicht gestellt worden seien.

Wir sehen es als eine Selbstverständlichkeit an, dieser Bitte Folge zu leisten, und erklären hiermit verbindlich Folgendes:

Wir trinken täglich Bier und Wein in rauen Mengen, und zwar ab dem frühen Morgen.

Wir erklären uns ferner zur Abnahme von Coca-Cola bereit, wenn auch Wodka in gleichem Umfang geliefert werden könnte.

Unsere Arbeit bewegt sich fortwährend in einem Kernfeld, weil wir alles andere nicht beherrschen. Daher erbitten wir Informationen, in welchem Umfang sich die Sonderkonditionen bewegen. Gerne trinken wir auch mehr, wenn dann auch der Rabatt steigt. Auch der Kreis der Studierenden, der in unseren Vorlesungen bleibt, gehört zum harten Kern.

In all unseren Gutachten treten wir für die Straflosigkeit jeder Form des Sponsoring ein, vertreten aber auch gerne das Gegenteil, wenn dies von Interessenten gewünscht sein sollte.

Hochachtungsvoll, stets Ihr LSH

#### IV. Exzellenz-Streber-Ecke

Wer die Sängerinnen von Monrose fehlerfrei aufsagen kann, alle CDs der Lassie Singers kennt und weiß, dass Ally McBeal mit Harrison Ford zusammen ist, gilt nichts, wer hingegen das Paradoxon von Achilles und der Schildkröte beschreiben und erklären kann, hat auf jeder Party eine Traube von ehrfurchtsvollen Menschen um sich. Und so wollen wir uns Letzteren zuwenden und Sie sogleich darum bitten, bei der Erklärung in einem Exkurs darauf hinzuweisen, dass die Universität Freiburg dieses Jahr das unheimlich runde Jubiläum von 550 Jahren begehe und man daher Rothaus und Ganter zu trinken habe (s.o.).

Worum geht es also? So argumentiert der griechische Philosoph Zenon von Elea wie folgt: Ein Läufer könne eine Schildkröte dann nie überholen, wenn er ihr einen Vorsprung gewähre. Bevor Achilles die Schildkröte überholen kann, muss er ihren Vorsprung eingeholt haben. In der Zeit, die er dafür benötigt, hat die Schildkröte aber einen neuen, wenn auch kleineren Vorsprung gewonnen, den Achilles ebenfalls erst einholen muss. Ist ihm auch das gelungen, hat die Schildkröte wiederum einen - noch kleineren - Vorsprung gewonnen, und so weiter. Der Vorsprung, den die Schildkröte zu jedem Zeitpunkt hat, werde zwar immer kleiner, bleibe aber dennoch immer ein Vorsprung, so dass sich der schnellere Läufer der Schildkröte zwar immer weiter nähern, sie aber niemals überholen könne.

Tja, da sind Sie platt, wa. Wenn wir jetzt noch mal drüber nachdenken, scheint uns eine mögliche Lösung darin zu liegen, einfach ganz schnell zu laufen, also noch schneller. Dann müsste es doch wirklich klappen, denn Schildkröten sind nicht so schnell. Da kenne ich auch einen Witz: Ein Mann sieht eine Schildkröte in seiner Wohnung und schmeißt sie aus dem Fenster. Ein Jahr später klingelt es. Die Schildkröte steht vor der Tür und fragt: Was sollte das denn jetzt?

## V. Chillout Zone

Heute nicht in der Schule? begann er ein wenig unsicher das Gespräch, um sogleich selbstkritisch festzustellen, dass diese Art der Eröffnung für eine entspannte Atmosphäre unter Umständen nicht gerade als hilfreich zu bezeichnen war. So nahm er denn auch sehr erleichtert ihre Antwort zur Kenntnis, heute müsse sie erst zur zweiten Stunde. Darf ich mich zu Dir setzen? fragte Friederike nun im Gegenzug recht keck, es scheint ja überaus lustig zu sein, auf der Bordsteinkante roten Oldtimern hinterherzuschauen. Ach, Du hast den Admiral also auch gesehen? Ich meine dieses rote Auto, schob er rasch nach, als er die verwunderten Augen Friederikes sah, der offensichtlich die Bezeichnung „Admiral“ kein Begriff war. Sie sieht aus wie Timoschenko, findest Du nicht. Ich finde sie toll. Meinst Du, dass mir ihre Frisur auch stehen würde? Peter war in dieser Sekunde kaum nach einer Stilberatung zumute, sein Gehirn arbeitete aber auf Hochtouren. Hatte die Frau nicht ein Kopftuch getragen, wie konnte Friederike da eine Aussage über deren Haar treffen? Überdies: Arbeitete Timoschenko nicht in Kiew? [wird fortgesetzt]

## VI. Die Kategorie, die man nicht braucht

Forscher Jansen fordert Stammplatz - Heißt es nicht Stammzellen? Und wenn Stammplatz: Gibt es einen solchen jetzt auch in der Forschung? Muss ich mir Sorgen machen? // Neue Fragen für Einwanderungswillige - toll, wie bei <Trivial Pursuit> oder <Wer wird Millionär?> // Liederabend mit Alkoholbegleitung - ach ne, doch nur Akkordeon.

## VII. Das Beste zum Schluss

Tafelfreuden I und II ...

<http://www.titanic-magazin.de/uploads/pics/0606-hunde-essen-verbotten.jpg>

<http://www.spiegel.de/img/0,1020,887904,00.jpg>

Bis zum nächsten Newsletter, dann mit einem einfühlsamen Hintergrundbericht, wie plötzlich Jogi Löw bei Rewe an der Kasse vor einem LSH-Mitglied stand und sein Portemonnaie zückte, als er zum Zahlen aufgefordert wurde.

Ihr LSH, uns interessiert wenig mehr als uns selbst

--

Roland Hefendehl  
Institut für Kriminologie und Wirtschaftsstrafrecht  
Tel.: +49 (0)761 / 203-2210  
Fax: +49 (0)761 / 203-2219  
Mail: [hefendehl@jura.uni-freiburg.de](mailto:hefendehl@jura.uni-freiburg.de)  
Netz: <http://www.strafrecht-online.org>